
FDP Wetterau

FDP STELLT ANFRAGE ZU WOHNUNGSBAU

02.09.2022

Kreisentwicklungsdezernent Walther schmückt sich mit fremden Federn

Hahn: Die bisherigen Leistungen sind nicht dem Kreis, sondern den engagierten Kommunen und der Bauwirtschaft zu verdanken

In einer Pressemitteilung verkündete der Kreisbeigeordnete und Kreisentwicklungsdezernent Matthias Walther (CDU), dass im vergangenen Jahr im Wetteraukreis 1123 zusätzliche Wohnungen geschaffen worden seien. Damit liege die Gesamtzahl der Wohnungen im Kreisgebiet nunmehr bei 146.385. Damit setzte sich ein Trend fort, der bereits in den vergangenen Jahren erkennbar gewesen sei. Der Wohnungsbau im Wetteraukreis sei in den vergangenen Jahren intensiv vorangetrieben worden. In der Folge sei in den Wetterauer Kommunen sehr viel neuer Wohnraum geschaffen und somit der Wohnungsmarkt insgesamt entlastet worden. Die Freien Demokraten zweifeln an einem großen Anteil des Wetteraukreises hinsichtlich des blühenden Wohnungsbaus.

„Es ist kein Geheimnis, dass in der Kreisverwaltung ein massiver Personalmangel vorherrscht. Auch ist beispielsweise bereits bekannt, dass die Bearbeitung von Baugenehmigungen in unserem Kreis überdurchschnittlich lang dauert. Wenn der Wohnungsbau im vergangenen Jahr im Wetteraukreis florierte, ist dieser Umstand sicherlich nicht der schwarz-roten Koalition mit ihrem zuständigen Dezernenten Matthias Walther zuzuschreiben. Der Kreisentwicklungsdezernent schmückt sich mit fremden Federn“, macht der heimische FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn deutlich.

Die Liberalen haben umgehend eine Anfrage im Kreistag eingereicht und erwarten vom Kreisausschuss Antworten auf insgesamt zehn konkrete Fragen rund um den Wohnungsbau in der Wetterau.

So wollen die Freidemokraten unter anderem wissen, mit welchen konkreten Maßnahmen hat der Wetteraukreis den Wohnungsbau in den vergangenen Jahren jeweils vor Ort vorangetrieben hat, welchen Beitrag bei der Schaffung der 1123 zusätzlichen Wohnungen konkret die in Gründung befindliche kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft leistete, wie lange die durchschnittliche Bearbeitungszeit für Baugenehmigungen im Kreisbauamt in den vergangenen vier Jahren betrug und wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden in den vergangenen vier Jahren im Kreisbauamt jeweils beschäftigt wurden.

Darüber hinaus erfragen die Liberalen, wie viele der in der Pressemitteilung genannten 1123 zusätzlichen Wohnungen sind im Rahmen des sogenannten „Großer Frankfurter Bogen“, und damit im Rahmen eines Projektes des Landes, geschaffen worden sind, wie viele der in der Pressemitteilung genannten 1123 zusätzlichen Wohnungen sind dem sozialen Wohnungsbau zuzuordnen sind, mit welchen Maßnahmen sich der Wetteraukreis in den vergangenen drei Jahren dafür eingesetzt hat, um Hindernisse im Wohnungsbau aus dem Weg zu räumen, beispielsweise hinsichtlich der Bürokratiebelastung oder der Bauschuttverbringung und welche finanziellen Auswirkungen dem Haushalt des Wetteraukreises durch diese Entwicklung konkret entstanden sind. Abschließend wollen die Freidemokraten wissen, wie viele Quadratmeter in der Regionalplanung genehmigtes, aber noch nicht durch kommunale Bebauungspläne genutztes Bauland im Kreisgebiet für neuen Wohnungsbau bereits zur Verfügung stehen und wie viele weitere neue Wohnungen auf den bereits genehmigten, aber noch nicht genutzten Flächen entstehen könnten.

„Wir Liberale sind davon überzeugt, dass der Wohnungsbau im Wetteraukreis weiter verbesserungswürdig ist. Und die bisherigen Leistungen sind nicht dem Kreis, sondern den engagierten Kommunen und der Bauwirtschaft zu verdanken“, so Hahn abschließend.